

Bis dato Impunidad – Straffreiheit

Hoffnung auf Gerechtigkeit für die Opfer der Übergriffe in Atenco

Jule Fischer

Drei Monate nach den brutalen Polizeiaktionen in San Salvador Atenco gibt es für die Opfer nun doch noch Hoffnung auf Gerechtigkeit. Der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Mariano Azuela Güitrón stellte in Aussicht, den Fall wieder aufzurollen und eine Untersuchung der Vorfälle vom 3. und 4. Mai 2006 anzuordnen. Obwohl der vor kurzem abgetretene Präsident Vicente Fox nach Protesten die Bestrafung der Verantwortlichen angekündigt hatte, stellte die Generalstaatsanwaltschaft die laufenden Verfahren innerhalb kurzer Zeit wieder ein. Noch immer herrscht „impunidad“ – Straffreiheit für die Täter.

Am Morgen des 4. Mai 2006 war es in der Stadt Atenco im Bundesstaat Mexico zu Polizeieinsätzen gekommen, nachdem Beamte tags zuvor versucht hatten BlumenhändlerInnen vom Marktplatz in Texcoco zu vertreiben, die sich daraufhin mit Macheten und Molotowcocktails verteidigten. Der Konflikt artete in eine Straßenschlacht aus, bei der ein 14-jähriger Junge von einem Polizisten erschossen wurde und später ein Demonstrant seinen Verletzungen erlag.

Brutale Vergewaltigungen

In der Nacht vom 3. zum 4. Mai sperrte die Polizei die Zufahrtsstraßen nach Atenco und stürmte die Stadt. Etwa 3.000 Polizisten drangen in Häuser ein, zerstörten, raubten und misshandelten die BewohnerInnen, sodass viele von ihnen z.T. lebensbedrohliche Verletzungen erlitten. Insgesamt wurden mindestens 210 Menschen ohne Begründung festgenommen und in die Hochsicherheitsgefängnisse Santiaguito und La Palma verschleppt. Besonders grausam war das Vorgehen der Polizisten gegenüber Frauen. Während des stundenlangen Transportes in die Gefängnisse kam es zu brutalen Vergewaltigungen an – wie die Nationale Menschenrechtsorganisation nun bestätigte – 23 Frauen. In einem Brief der weiblichen Gefangenen von Atenco heißt es: „Wir wurden nicht nur beleidigt, erniedrigt, verprügelt, gefoltert, sexuell missbraucht und vergewaltigt, jetzt sind wir auch noch Häftlinge und Verbrecherinnen. Wir haben Repression erlitten, nicht nur als soziale Kämpferinnen, sondern auch speziell als Frauen. Denn wenn es auch stimmt, dass die Männer am härtesten geschlagen wurden, so wurden wir sexuell attackiert und vergewaltigt. Zunächst mit Beleidigungen wie ‚Du Nutte‘, ;ver-

fluchte, beschissene Nutte!‘ und ‚wir werden dich vergewaltigen, die Nutte, die du bist!‘ Nicht nur, dass sie uns schlugen – einige von uns bis zur Besinnungslosigkeit –, sie drohten uns auch, uns zu töten oder verschwinden zu lassen oder uns zu foltern, um Namen und Informationen über unsere Angehörigen zu erhalten, die sie auch zu töten drohten. Nichts kann die sexuellen Misshandlungen und die Vergewaltigungen heilen, die wir erlitten haben.“

Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte

Zeuginnenaussagen wie diese gibt es in Vielzahl. Besonders die CCIODH (Comisión Civil Internacional de Observación por los Derechos Humanos), eine internationale Kommission zur Überwachung der Menschenrechte, half mit etwa 200 durchgeführten Interviews, den Opfern eine Stimme zu geben. Es war bereits die vierte. Kommission, die sich zur Beobachtung der Menschenrechte in Mexiko zusammenfand. Sie bestand aus 28 TeilnehmerInnen aus sieben verschiedenen Ländern und residierte vom 29. Mai bis zum 4. Juni in Mexiko-Stadt.

In einer Universität befand sich der Hauptarbeitsplatz, dort fanden – sehr emotionale – Interviews mit Opfern statt, die sich zum großen Teil gemeldet hatten, weil sie über das reden wollten, was ihnen widerfahren war und was von mexikanischen PolitikerInnen, Medien und RichterInnen nicht angehört wurde. Mitglieder der Kommission waren in den Städten Atenco, Toluca und Texcoco vor Ort, um sich von den EinwohnerInnen die zerstörten Häuser zeigen zu lassen und Aussagen von AugenzeugInnen zu sammeln. Die Häuser waren nach einem Monat noch



größtenteils zerstört, viele Menschen waren noch gezeichnet von den Schlägen der Polizisten. Zudem wurden Amateuraufnahmen vorgespielt, die zeigten, wie die Polizei auf PassantInnen einschlug und sie wie Tiere in Lastwägen einpferchte. Viele BewohnerInnen sagten aus, die Polizisten hätten wie unter Drogeneinfluss gehandelt, hätten völlig enthemmt wild um sich geschossen und Menschen wahllos misshandelt.

Den stärksten Eindruck hinterließ bei den Mitgliedern der Kommission der Besuch im Gefängnis Santiaguito, von dem es ein Video auf der Internetseite der CCIODH gibt. Emotional schwer belastete Männer und Frauen sind auch heute noch ohne Anklage und ohne medizinische Versorgung in Gefangenschaft. Nun – drei Monate nach den Übergriffen auf Atenco – warten sieben der insgesamt 43 verhafteten Frauen auf den Gerichtsprozess. Eine der Inhaftierten ist die Indígena Magdalena García Durán, die wegen Straßenblockaden und gemeinschaftlicher Entführung angeklagt ist.

Noch immer warten jene Frauen, die sexuelle Übergriffe erlitten haben, auf die Ergebnisse des psychologischen Gutachtens, mit dem die psychischen Folgen der Vergewaltigungen vor dem Gerichtshof belegt werden können.

Verhaftung und Ausweisung von EU-Bürgerinnen

Bei den Razzien wurden auch drei Bürgerinnen der EU festgenommen, misshandelt und schließlich illegal aus Mexico ausgewiesen: Christina Fernández Valls und María Cortés Torrida aus Spanien und die Berliner Journalistin Samantha Dietmar.

Die Spanierin Christina Fernández Valls hat bereits Anklage wegen Folter und illegaler Abschiebung eingereicht, und auch Samantha Dietmar hat bereits Strafanzeige bei der Berliner Staats-

anwaltschaft gegen noch unbekannte Polizisten gestellt. Sie war mit anderen JournalistInnen nach Atenco gekommen und wurde sofort nach Verlassen des Hotelzimmers festgenommen. Auch sie wurde – ebenso wie die anderen Ausländerinnen – Opfer von sexueller Belästigung.

Entsetzen rief bei der Kommission auch das Vorgehen der nationalen mexikanischen Behörden hervor, die entweder gar nicht handelten oder – wie die mexikanische Frauenrechtsorganisation – erst nach Wochen nach Atenco kamen.

Bei dem Besuch bei der Generalanwaltschaft des Bundesstaates Mexico wurden die AnwältInnen der Kommission, Marta Clapés und Jaume Asens, schließlich Zeuginnen eines zynischen Schauspiels, welches von den mexikanischen AnwältInnen vorbereitet war. Gefälschte Videos sollten beweisen, dass es die DemonstrantInnen waren, die mit ihrer Brutalität ein solch hartes Eingreifen des Staates nötig gemacht hätten. Schließlich wurden die Verfahren eingestellt, denn es gäbe „keine zwingenden Beweise dafür, dass Sicherheitskräfte an den vermeintlichen Vergewaltigungen beteiligt waren“, wie Generalstaatsanwalt Abel Villicaña Estrada erklärte.

Wie in der mexikanischen Zeitung La Jornada am 16. August eröffnet wurde, sollen nun jedoch dem Obersten Gerichtshof (SCJN) mit Hilfe der zahlreichen Video-, Audio- und Fotoaufnahmen der Kommission die Beweise vorgelegt werden, die bestätigen, dass lokale und bundesstaatliche Behörden schwere Verletzungen der Menschenrechte begangen haben.

Auch wenn die Nachricht auf Neuuntersuchung des Falls Hoffnung gibt, heißt das noch nicht, dass am Ende auch die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Bisher hat sich nicht viel am Vorgehen der mexikanischen Behörden geändert. Das zeigen die gravierenden Unregelmäßigkeiten bei der Präsidentschaftswahl genauso wie die erneuten gewalttätigen Polizeiaktionen gegen DemonstrantInnen in Oaxaca.

Zivilbevölkerung kontrollieren

Konflikte mit der Polizei gab es in den letzten Jahren immer häufiger, vor dem Vorfall in Atenco besonders in Zusammenhang mit dem vom Staat geplanten Großflughafen, der für viele Bauern und Bäuerinnen die Enteignung von ihrem Land und Existenzverlust bedeutet hätte. Die Bauernorganisation FPDT (Front der Gemeinden zur Verteidigung der Erde), die EZLN (zapatistische nationale Befreiungsfront) und ihre UnterstützerInnen hatten das Projekt schließlich durch unermüdliche Proteste verhindert.

Daher wird vermutet, dass hinter den brutalen Polizeiaktionen von Atenco und anderen Orten auch strategische Gründe standen, die dem Staat erneut die Kontrolle über die aufständische Zivilbevölkerung sichern sollten.

Webtipp:

CCIODH (Comisión Civil Internacional de Observación por los Derechos Humanos): <http://cciodh.pangea.org/>

Zur Autorin:

Jule Fischer studiert Internationale Entwicklung und Politikwissenschaft an der Universität Wien. Für die Mexikoplattform Österreich nahm sie vom 29. Mai bis 4. Juni an der 4. Kommission zur Überwachung der Menschenrechte in Mexiko teil.

